

**Flüchtlingshilfe München e. V.**  
**Postfach 44 04 34, 80753 München**

München, 22. 02. 2017

Bundeskanzlerin  
Dr. Angela Merkel  
Willy-Brandt-Str. 1  
10557 Berlin

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

Die Flüchtlingshilfe München e.V. betrachtet die derzeitigen Entwicklungen in der Flüchtlingspolitik mit Sorge und Kritik. Besonders zwei Dinge halten wir für gravierende Fehlentwicklungen, die politisch und gesellschaftlich maßgeblichen Schaden anrichten und für die Flüchtlinge großes Leid bedeuten.

**1. Die Abschiebungen nach Afghanistan ohne Rücksicht auf Gesundheit und gelungene Integration.**

Zur aktuellen Lage der Menschenrechte in Afghanistan liegen Ihnen als politisch Verantwortlichen viele Informationen vor. Afghanistan dennoch als sicher einzuschätzen betrachten wir unter dem Eindruck der andauernden Kämpfe und politischen Morde als falsch. Inländische Fluchtalternativen sind nicht vorhanden, selbst dort, wo (noch) relative Ruhe herrscht. Durch die große Anzahl von Binnenflüchtlingsen, sowie Flüchtlingen aus Pakistan und dem Iran sind alle Ressourcen erschöpft. In Afghanistan sind durch jahrzehntelange Kriege familiäre und soziale Bindungen, sowie die Infrastruktur nachhaltig zerstört worden. Der Aufbau einer menschenwürdigen Existenz ist für die zurückgeschobenen Flüchtlinge dort deshalb fast aussichtslos.

Ein Teil der afghanischen Flüchtlinge kommen aus dem Iran, wo sie teilweise seit Jahrzehnten leben. Diese Menschen nach Afghanistan zurückzuschieben, wo sie über keine oder kaum sozialen Netzwerke verfügen ist nicht zu verantworten.

Die vergangenen Jahre wurden kaum Abschiebungen nach Afghanistan durchgeführt, sodass die hier lebenden Menschen sich über Jahre erfolgreich integriert haben. Dies alles wird nun ignoriert, um wegen der Verschärfung der Sicherheitslage Abschiebungen durchsetzen zu können.

## **2.Arbeitsverbote für Flüchtlinge mit geringer Bleibeperspektive.**

Anstatt es positiv zu werten, dass Flüchtlinge sich aktiv integrieren und einen Beruf ausüben oder eine Berufsausbildung anstreben, werden engagierte Flüchtlinge ausgebremst und zur Untätigkeit verurteilt. Die Koppelung der Arbeitserlaubnis an eine Bleibeperspektive verunmöglicht es vielen arbeitswilligen Geflüchteten ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen und einen Beitrag zur deutschen Wirtschaftskraft zu leisten. Dies ist eine sinnlose Verschwendung von Steuergeldern und bringt viel persönliches Leid für die Geflüchteten mit sich.

Die Bereitschaft der Wirtschaft, Flüchtlinge zu integrieren sinkt proportional zu den bürokratischen Hürden und dem Fehlen von Planungssicherheit. Dieses Vorgehen ist angesichts von 12.000 offenen Lehrstellen (Bayern 2016) im Bereich Handwerk gänzlich unverständlich.

Das vielgerühmte **ehrenamtliche Engagement** in unserer Gesellschaft wird durch solche politischen Weichenstellungen lächerlich gemacht und zerstört. Ist Ihnen bewusst, wieviel positive Energie der HelferInnen hierdurch verpufft und in Frust umgewandelt wird? Wie niederschmetternd es ist einem Flüchtling erklären zu müssen, dass er nicht arbeiten darf, wenn man selber keine schlüssige Erklärung hat? Dass der syrische Flüchtling arbeiten soll, während der nigerianische nicht arbeiten darf?

Politisch steckt hinter diesen Entscheidungen vermutlich der Gedanke der Abschreckung und der Wunsch den BürgerInnen zu zeigen dass „durchgegriffen“ wird. Wir denken aber, dass durch diese Maßnahmen eher ein Rechtsruck in der Gesellschaft befördert wird.

Daher fordern wir Sie auf, unsere Gesetze mit Augenmaß anzuwenden und dafür zu sorgen dass **der gesellschaftliche Frieden befördert und unsere gemeinsamen Werte nicht zerstört werden.**

Mit freundlichen Grüßen,

**Flüchtlingshilfe München e.V.**

Ursula Baer (1. Vorsitzende)